

Redebeitrag zur Beugehaft und Aussageverweigerung, 14.1.2012

Gegen Christa ist Beugehaft verhängt worden, aktuell ist dies eine tödliche Bedrohung für sie.

Was bedeutet Beugehaft eigentlich?

Beugehaft wird juristisch Erzwingungshaft genannt, kann über einen maximalen Zeitraum von 6 Monaten verhängt werden und ist das stärkste Druckmittel der Justiz, um Aussagen zu erpressen.

Mit der Beugehaft und anderen Zwangsmaßnahmen soll der Anspruch der Justiz durchgesetzt werden, auf alle Informationen Zugriff zu erlangen. Eine umfassende Denunziation gegenüber Freund_innen und Genoss_innen soll uns damit abverlangt werden.

Wir müssen nicht weit zurück in die Geschichte gehen zu einer Zeit, von der gesellschaftlich breit akzeptiert wird, dass Widerstand gegen das Regime notwendig war, um zu sehen, was die verbreitete und mit Terror durchgesetzte Denunziation mit dem Widerstand gemacht hat. Aufgrund der Erfahrungen im Faschismus sollte ein Staat entstehen, der nicht per se Widerstand unmöglich machen darf und keinen totalitären Anspruch erhebt.

Im Zusammenhang mit linken Bewegungen folgt dieser Staat aber einer anderen Logik: Prozesse gegen linke Politik mit grundlegender Kritik an unserer Gesellschaft sind politische Prozesse. Sie werden nur vordergründig mit sog. rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt, tatsächlich wird hier Kriegslogik eingesetzt. Zur Kriegslogik gehört es, einen Gegner nach Möglichkeit auszuschalten, militärisch und persönlich, und so viel wie möglich über ihn zu erfahren, indem Strukturen und Beziehungen ausgeforscht und erfasst werden. Mit Wahrheitsfindung haben diese Prozesse wenig zu tun. Siehe auch aktuell den Prozess gegen Verena Becker.

Beugehaft ist ein beliebtes Mittel im Einsatz gegen linke Aktivist_innen, denn oft genug lassen sich Menschen schon durch die Androhung unter Druck setzen und machen gegen ihren Willen Aussagen. Manche der Fragen erscheinen den Befragten dabei sogar banal, aber auch hier werden wichtige Informationen für Staat und Polizei gewonnen und die Betroffenen in ihrer Integrität angegriffen. Denn: es gibt keine 'kleinen Aussagen' und 'unwichtigen Informationen' in dieser Logik.

Wenn Menschen eine Aussage angesichts einer Beugehaftandrohung verweigern, bedeutet dies eine starke Belastung für sie. Doch haben vergangene Prozesse, in denen teilweise massenhaft Beugehaft verhängt wurde, gezeigt, dass Beugehaftandrohungen und -verordnungen nur durch entschlossenes, gemeinsames Vorgehen begegnet werden konnten und vor allem dadurch, indem Betroffene sich nicht gebeugt haben. Je weniger Erfolg dies den Behörden brachte, desto weniger wurde die Beugehaft angewandt. Wer die Aussage verweigert, schützt also nicht nur sich selbst, sondern vor allem unsere Strukturen, Zusammenhänge und Möglichkeiten linker Politik.

Keine Aussagen zu machen und sich auch nicht durch Drohungen, Auflagen oder Haftvollzug dazu zwingen zu lassen, ist eine Grundfeste in unserem Widerstand.

Die Legitimität der Beugehaft an sich muss auf gesellschaftlich breiter Basis in Frage gestellt werden, dem Anspruch des Staates, überall seine Nase reinstecken zu können, müssen Grenzen gesetzt werden.

Aussageverweigerung ist legitim und notwendig, sowohl kollektiv als auch individuell!

Für ein selbstbestimmtes, HERRSchaftsfreies Leben !